

DA

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 33. JAHRGANG

202 | NOVEMBER/DEZEMBER 2010 EUR 1,50

AUS DEM INHALT

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Vom Konkurrenten zum Kollegen 3

Mit gewerkschaftlichen Anlaufstellen öffnet sich der DGB zaghaft auch für „illegalisierte“ ArbeiterInnen. Ein Gespräch mit Emilija Mitrovic

Wortarbeit in der Krise 4

Die Printmedien befinden sich im Umbruch – und ebenso die Arbeitsbedingungen von JournalistInnen

Drei, zwei eins: Meins 5

Die Konkurrenz zwischen GdL, Transnet und GDBA spitzt sich in Tarifkonflikten bei der Bahn zu



Finger weg vom Streikrecht! 7

Stellungskrieg um Tarifpluralität und Gewerkschaftsfreiheit geht weiter. AG Streikrecht aus der FAU greift in die Debatte ein

ZEITLUPE

Marxistischer Dreisatz 8

Anté Ciligas Odyssee durch die Sowjetunion. Eine Buchbesprechung.

„Unliebsame Elemente“ 8

Arbeiteropposition in der Oktoberrevolution und frühen Sowjetunion 1919–1926

GLOBALES

Ein Generalstreik wird wahr – fast 9

Durchschnittliche europäische Mobilisierung am 29. September, dafür harter Widerstand gegen die französische Rentenreform.



Griechisch für Anfänger 11

Eine kritische Betrachtung zum „Festival der direkten Demokratie“ in Thessaloniki

HINTERGRUND

Transformationsstudien 12

Über die Perspektiven einer libertären Ökonomie

KULTUR

Momentaufnahmen von Geschichten mit offenem Ausgang 14

Sprechen mit Bildern – Die Fotos von Hinrich Schultze lassen die Ereignisse der „Kommune von Oaxaca“ und die Kämpfe der ArbeiterInnen und Indigenen in Panama zu Wort kommen



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Arbeitsplätze schaffen – mit Waffen

Während die IG Metall sich einerseits den Pazifismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, kritisiert sie die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Kürzungen im Rüstungset

Die IG Metall gilt innerhalb des DGB als dessen linker Flügel. So übernahm sie in der letzten Tarifrunde – wenn auch aufgeweicht – die FAU-Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit (siehe Artikel unten). In der Frage der Tarifeinheit ist sie wesentlich skeptischer als der DGB, sogar über der Austritt aus diesem wurde in der IGM schon mal nachgedacht. Auch in Sachen Antimilitarismus prescht sie voran: „Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen darf nicht als Argument gegen Abrüstung bzw. für mehr Rüstungsproduktion und Waffenexport missbraucht werden“. So formulierte es die IG Metall 1989 auf ihrem 16. Gewerkschaftstag.

2010 klingt das ganz anders. Mit ungewöhnlich kämpferischen Tönen kritisiert der Ingolstädter IGM-Bevollmächtigte Bernhard Stiedl, nebenbei Aufsichtsratsmitglied beim Rüstungskonzern EADS Deutschland, die geplante Kürzung des Verteidigungsetats um bis zu 9,3 Mrd. Euro: „Wir werden als IG Metall diesem Streichkonzert nicht tatenlos zusehen und deshalb dagegen mobilisieren und zu Aktionen aufrufen“. Die Regierung will weniger Kampfhubschrauber, Drohnen und Eurofighter einkaufen, wodurch laut IGM mittelfristig 15.000 und langfristig 30.000 Arbeitsplätze bedroht seien. Kampf für die Rüstungsindustrie als Kampf gegen die Krise? In der Rhetorik der IGM scheinen die Kürzungen im Rüstungsetat Bestandteil des Sozialabbaus zu sein.

„Die Branche ist geschrumpft, gleichzeitig werden die Produkte jetzt real von der Bundeswehr eingesetzt“, betont Kai Burmeister, bei der IG Metall zuständig für den Betriebsräte-Arbeitskreis „Wehrtechnik & Arbeitsplätze“. Waffenproduktion ist also erstens nicht so schlimm, wenn sie sowieso schon reduziert wurde, und vor allem dann nicht, wenn der eigene Staat sie tatsächlich benötigt. Vor der internationalen Solidarität kommt also

immer noch die Sorge um das Vaterland, nicht nur, was dessen Arbeitsplätze, sondern auch, was die Staatsräson betrifft.

Derselbe Burmeister betont im *Neuen*



Deutschland: „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Dahinter stehen unserer Mitglieder“, doch das tut nichts zur Sache, denn „die Gefährdung von Arbeitsplätzen im Rüstungsbereich ist nicht hinzunehmen“. Dies meint zumindest die Spitze der IG Metall, denn ob die Mitglieder hier zustimmen, sei dahingestellt. Burmeister ist Pragmatiker, wie es sich für einen Sozialdemokraten gehört: Das „beschäftigungspolitisch Machbare“ hat ein Primat über das „friedenspolitisch Wünschenswerte“.

Welch ein Hohn auf den angeblichen Wert der „Völkerverständigung“! Es geht hier um nichts anderes als um die Rettung der deutschen Wirtschaft auf Kosten von Menschenleben in anderen Teilen der Welt. Das macht Burmeister ganz klar:

„Richtig ist auch, dass für uns in dieser Krise die Sicherung von Arbeitsplätzen oberste Priorität hat. Das gilt für alle Industriezweige und damit auch für die Wehrtechnik, wo die Arbeitsplätze natürlich von den Verteidigungsausgaben abhängen“. Ob die IG Metall diese Forderung bei dem nächsten traditionell von den Gewerkschaften unterstützten Ostermarsch vor sich her tragen möchte?

Doch die Argumentation Burmeisters greift auch in sich zu kurz. Selbst während der hohen Gewinnsteigerungen von 2002 bis 2003 und der Rekordauftragslage für EADS im Jahr 2003 wurden Stellen im Rüstungssektor gestrichen (vgl. DA #181). Selbstverständlich hat die Nachfrage einen Einfluss auf die Produktion, aber dies ist eben nicht der einzige Aspekt der Arbeitsplatzvergabe.

Gerade in der momentanen Krise sind die Gewerkschaften in Deutschland auf internationale Kooperation zwischen den Gewerkschaften angewiesen. Es zeigt sich, dass „Arbeiterklasse“ kein nationales Phänomen, sondern Teil einer globalen Struktur ist. ArbeiterInnen sind nicht nur die ProduzentInnen von Rüstungsgütern, sie sind auch das internationale Kanonenfutter, das diese Rüstungsgüter später nutzen soll. Die ArbeiterInnen in Deutschland wussten das z.T. nach beiden Weltkriegen und reagierten entsprechend.

„Wir finden es nicht gut, wenn mit deutschen Steuergeldern ausländische Rüstungsgüter gekauft werden. Wir hätten die Wertschöpfung lieber in Deutschland“ – so klingt das dagegen heute aus dem Mund von Bernhard Stiedl. Kurz und knapp: Die IG Metall steht voll und ganz hinter Vaterland und Marktwirtschaft. Wir sehen die DGB-Gewerkschaften schon Hand in Hand mit RWE, e.on und Vattenfall gegen die Stilllegung der Atomkraftwerke protestieren ...

Torsten Bewernitz

Anonym auf Jobsuche

Ein Modellversuch soll in Deutschland das Konzept der anonymisierten Bewerbung bekannt machen

Fünf Großunternehmen wollen demnächst mit anonymen Bewerbungen für mehr Gleichberechtigung bei der Vergabe offener Stellen sorgen. Diese Idee ist längst nicht neu und außerhalb von Deutschland seit Jahrzehnten eine gängige Praxis. So verwundert es nicht, dass alle am Modellversuch beteiligten Firmen im internationalen Handel tätig sind. So etwa die Deutsche Telekom AG, die zwar an dem Versuch teilnimmt, jedoch nur Stellen in der Kundenbetreuung für das Auswahlverfahren vorgesehen hat. Außerdem beteiligt sind unter anderem die Deutsche Post, Procter & Gamble, L'Oréal und der Dienstleister Mydays. Die Bundesregierung hatte 30 Firmen angeschrieben, die Resonanz ließ zu wünschen übrig.

Alter, Geschlecht, Familienstand und Herkunft sind die häufigsten Gründe, um aussortiert zu werden und in der Ablage zu landen. Das müssen Menschen mit Migrationshintergrund und junge Mütter

deutlich feststellen, die oft schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Dabei schreibt das Allgemeine Gleichberechtigungsgesetz (AGG) bereits seit 2006 vor, dass Alter, Geschlecht und Herkunft keine Kriterien für die Auswahl von BewerberInnen sein dürfen. Die Praxis sieht allerdings anders aus, wie z.B. die in Deutschland geborene Selen M. aus Berlin erfahren musste: „Wenn ich mich am Telefon gleich mit Namen vorstellte, dauerte das Gespräch nicht länger als eine Minute. Als ich konsequent unhöflich meinen Namen zu Gesprächsbeginn vermißte, stieg die Zahl der Einladungen. Als ich dann vor Ort war, hatte ich die Ausbildung eigentlich fast schon in der Hand.“ Eben diese Vorurteile wollen die Unternehmen bekämpfen, da sie andernfalls qualifizierte BewerberInnen von vornherein ausschließen.

Einige deutsche Unternehmen bemängeln jedoch, dass die Umsetzung nur mit großem Aufwand möglich sei. Alle

eingehenden Bewerbungen müssten erst geschwärzt werden. Außerdem stellt sich die Frage, wo die Anonymisierung der Unterlagen beginnt und wo sie endet. So müssten etwa Zeugnisse geschwärzt werden. Außerdem gäbe es den Effekt, dass viel häufiger Nachfragen bestünden und so verstärkt Bewerbungsgespräche geführt werden müssten. Genau darauf jedoch zielen die Bemühungen der Bundesregierung, die über das Bundesfamilienministerium ebenfalls an der Studie teilnimmt, nach eigener Aussage ab. Sie entgegnet, dass lediglich die Online-Formulare auf den Websites der Unternehmen verändert werden müssten. Das Schwärzen von Papier-Bewerbungen ließe sich im Vorzimmer erledigen.

Letztendlich hängt es also von zwei Aspekten ab, ob sich diese neue Form der Bewerbungsmöglichkeit durchsetzt: Zum einen müssen ArbeitnehmerInnen diese Form der Bewerbung annehmen, zum anderen hat es die Wirtschaft in der Hand. Bieten nur wenige Unternehmen das anonyme Bewerben auf ihre offenen Stellen an, sind die Bemühungen bezüglich der Einführung von Anonymbewerbungen umsonst.

Andreas Potzlow

CATWALK



Dort Kampf, hier Krampf

Während hierzulande der angekündigte „Heiße Herbst“ – wieder mal – zur heißen Luft verkommt, zeigen die Gewerkschaften in Frankreich, was es heißt, nicht nur leere Drohungen auszusprechen. Noch bis zum Redaktionsschluss der DA befanden sich die Streiks und Proteste gegen die dortige Rentenreform in vollem Gange (siehe S. 9). Viele Streikende gehen an ihre finanziellen Grenzen, manche von ihnen wurden gar unter der Androhung von Gefängnisstrafen zur Arbeit gezwungen.

Einige Gewerkschaften haben deshalb um materielle Unterstützung gebeten. Auf der übergewerkschaftlichen Webseite www.bizimugi.eu mit Infos (auf Französisch), wie und wohin man etwas spenden kann.

Neuer Kino-Trend

Die Kinobranche scheint ein trauriges Geschäftsfeld geworden zu sein. Immer öfter hört man von miesen Arbeitsbedingungen und gewerkschaftsfeindlichen Praktiken aus diesem Bereich. Jetzt steht – wieder mal – die Cinémathèque Française in Paris im Rampenlicht, weil dort die CNT-Gewerkschaftsdelegierte Valérie entlassen wurde (Infos zum Fall auf S. 11). Die CNT-F bittet nun um Unterstützung. Soli-Botschaften könnt ihr senden an: intersyndicale.cinema@gm.com Eine Petition könnt ihr unterschreiben auf: <http://8203.lapetition.be>

Kauf dich glücklich!

Der anarchosyndikalistische Taschenkalender für das kommende Jahr ist erschienen. Über die reine Zeitplanung hinaus bietet der Syndikal – wieder mal – knackige Texte und Illustrationen. Ein Muss für alle, die ihre Zeit noch immer lieber analog verplanen.



Syndikal 2010, 192 Seiten, 6,50 Euro, ISBN 978-3-9810846-2-7. Zu beziehen bei www.syndikat-a.de oder im Buchhandel.

DIREKTE AKTION · Schwanthaler Str. 139 Rgb., 80339 München
Deutsche Post AG · PVST · „Entgelt bezahlt“ · WKZ H20318